

Mitgliederversammlung der KEB Bayern

Resolution zum Umgang mit der AfD

Antragsteller: KEB München und Freising

Die Mitglieder der KEB Bayern stellen fest, dass die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) und ihre Abgeordneten im Bundestag und in den Landesparlamenten zwar auf demokratischem Wege gewählt worden sind, ihr Menschen- und Gesellschaftsbild aber nicht mit unserem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild, unseren ethischen Grundüberzeugungen und den Leitlinien der Katholischen Erwachsenenbildung vereinbar sind.

- Die AfD agiert sozial ausgrenzend und gegenüber spezifischen Gruppen sozial feindlich.
- Die AfD vertritt Positionen gegen die gleiche Würde und Natur aller Menschen und gegen die Gleichstellung von Mann und Frau.
- Die AfD vertritt ein völkisches und autoritäres Weltbild.
- Die AfD vertritt Positionen gegen Inklusion und Integration.
- Die AfD agiert antieuropäisch.
- Die AfD untergräbt die demokratische Kultur.
- Die AfD vertritt ihre Positionen nicht allein mit faktenbasierten Argumenten, sie schürt Stimmungen und Ängste.
- Die AfD stellt die verfassungsrechtliche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Teilen in Frage.

In einem Eilverfahren hat das Verwaltungsgericht Köln Ende Februar festgelegt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die AfD nicht mehr als "Prüffall" bezeichnen dürfe. Die Aktivitäten des BfV sind jedoch nicht eingeschränkt worden. Im Januar 2019 hat das BfV nach Abschluss einer intensiven Prüfung offene zugängliche Informationen – einschließlich einer Stoffsammlung der Landesbehörden für Verfassungsschutz – sorgfältig ausgewertet und die Gesamtpartei AfD betreffend festgestellt:

"Dem BfV liegen erste tatsächliche Anhaltspunkte für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgerichtete Politik der AfD vor. Diese sind aber nicht hinreichend verdichtet, um eine systematische Beobachtung, auch unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, einzuleiten. Die Anhaltspunkte (...) ergeben sich im Wesentlichen aus Aussagen von Funktionären und anderen AfD- Mitgliedern. Besonders relevant waren hier jene Verlautbarungen, die mit der Garantie der Menschenwürde unvereinbar sind. Dies betrifft sowohl völkisch-nationalistische wie auch muslimfeindliche und andere fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen." (Pressemitteilung des BfV vom 15.01.19)

Die AfD ist nach unserer Auffassung im Kern eine rassistische, nationalistische und staatsfeindliche Partei – die AfD möchte einen anderen Staat und ein anderes Land mit anderen Grundwerten und anderen Strukturen. Sie spaltet diese Gesellschaft, indem sie verschiedene Formen von Ängsten und Befürchtungen von Menschen aufgreift und in Stimmungen gegen andere Gruppen wendet. Dadurch stellt sie tragende Grundwerte unserer Gesellschaft in Frage.

Die KEB Bayern und die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen in den Verbänden, Kreis- und Stadtbildungswerken sowie in sonstigen Bildungseinrichtungen unterstützen Menschen

dabei, Verantwortung für sich und die Gesellschaft auf der Grundlage christlicher, demokratischer und friedlicher Werte zu übernehmen.

Das Engagement der Kath. Erwachsenenbildung begründet sich auf den Grundaussagen der Heiligen Schrift, den Grundsätzen und Prinzipien der christlichen Soziallehre, auf dem Grundrechtekanon im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, den Menschenrechten und auf demokratischen Prinzipien. Diese haben das friedliche Zusammenleben der Menschen sowie die Anerkennung der Gottebenbildlichkeit jedes Menschen (Gen 1, 26-28) und damit die Anerkennung der Gleichwertigkeit jedes/jeder Einzelnen und die Gewährung von Chancengleichheit für alle Menschen zum Ziel.

Für die Gestaltung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat ergibt sich daraus für die KEB Bayern und ihre Mitglieder ganz zentral das Prinzip der Solidarität. Solidarität beschreibt die menschliche Verbundenheit und mitmenschliche Schicksalsgemeinschaft. Christliche Solidarität kennt dabei keine nationalen, geographischen und ethnischen Grenzen. Sie orientiert sich an der biblischen Option für die Armen und misst „alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage (...), inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt“. Sie zielt darauf, „Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. (...) Sie lenkt den Blick auf die Empfindungen der Menschen, auf Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten, auf das Unzumutbare, das Menschenunwürdige, auf strukturelle Ungerechtigkeit. Sie verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen und zu wirkungsvollen Allianzen der Solidarität.“ (Sozialwort der Kirche, Nr. 107). (Quelle: Standards für Politische Bildung, in: Gegenwart begreifen – Zukunft lernen, KEB-München und Freising 2013, S. 206.)

Daraus folgt:

Die KEB Bayern und ihre Mitglieder stehen den Positionen, dem Agieren und der Selbstdarstellung der AfD kritisch gegenüber und setzen sich kritisch damit auseinander.

Die KEB Bayern und ihre Mitglieder bieten der AfD kein Podium zur Verbreitung von Positionen, Schriften und anderen Medien und dulden keine Äußerungen und Handlungsweisen, die den eigenen Handlungsgrundsätzen grob zuwider laufen.

Die KEB Bayern und ihre Mitglieder treten mit der AfD in der Regel nicht aktiv in Kontakt bzw. binden diese nicht in ihre Arbeit ein. Amts- und Mandatsträger der Partei werden in der Regel nicht zu Veranstaltungen und Gremien eingeladen.

Die KEB Bayern und ihre Mitglieder nehmen nicht an Veranstaltungen der AfD teil und nehmen Einladungen von Mitgliedern, insbesondere von Amts- und Mandatsträgern der AfD, nicht an.

Die KEB Bayern und ihre Mitglieder sind sich darüber einig, dass die Mitgliedschaft in der AfD mit einem aktiven Engagement in der Katholischen Erwachsenenbildung in ihren Leitungsgremien und Arbeitsgruppen nicht vereinbar ist.

Die KEB Bayern und ihre Mitglieder stellen sich dem Dialog und der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer, aus Protest oder Sorge – mit der AfD sympathisieren. Wir wollen diese Menschen, ihre Sorgen und ihre Fragen ernstnehmen und ihr Vertrauen in unsere Demokratie wieder stärken und zurück gewinnen.

Die KEB Bayern und ihre Mitglieder verbreiten und kommunizieren diese Positionierung auf ihrer Ebene und in ihren Gremien.

(Stand: 04.06.2019)